

Der Webersang Deutschlands im Dreißigjährigen Krieg ist nicht blut, nicht und grauamem Glanz beschrieb. Er ist eine jahrhundertlang jeden geistlichen und kulturellen Fortschritt gegenüber den anderen Völkern. — Aber auch die Revolutionen waren blutig und leidensvoll. Zu Beginn der erste Weg war unendlich qualvoller, leidensvoller, ohne Hoffnung und Lichtblicke für bessere Zeiten. Generationen waren gequält als Tiere... Die Revolutionen aber kosteten unendlich weniger an Blut und Menschenleben und sie ließen eine untergehende Klasse zahlen. Die aufstrebende Klasse atmete auf und ging mit sicheren Schritten und feurigem Herzen einer besseren Zukunft entgegen. Die Revolution legte Kräfte frei, befruchtete die ganze Welt und führte zu einem nie geahnten wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Menschheit.

Jene Geschichte liest man mit Grimm und Schmerz, diese mit heiligem Schauer in dem Gefühl; Heilige Flamme glüh, alih und verliche nie!

Zwischen diesen beiden Wegen hat das Proletariat zu entscheiden. Einen dritten Weg gibt es nicht! Die menschlichen Führer haben sich für den ersten Weg entschieden. Roske heißt der Weisführer. Dieser Weg wird beendigt sein mit Sekatonben von Proletariatsleichen. Die erste Weisfahre hieß direkter Arbeitermord mittels Maschinenwesen, die zweite ist der indirekte Massenmord durch Massenelend, Massensiechtum, Massensterben — sie führt in den Abgrund!

Die zweite Weisfahre beginnt... der KDOV hat sie in Hamburg angekündigt.

Wie lange will das Proletariat noch mitmachen?

Politische Uebersicht.

Die „Arbeiterzersplitterer“.

Die sozialistische Korrespondenz des Herrn Heilmann reist wieder einmal auf. Es paßt ihr nicht in den Kram, daß wir die Arbeiterchaft der USB über die Worte der Breitscheidmannen aufklären. Die Korrespondenz schreibt:

„Die kommunistische Partei ist ein mächtiges Heer, in dem sie die USB gegen die Vereinigung mit der SPD scharf zu machen sucht. Aus jeder Nummer spricht die Anstöß vor der Vereinigung des Bundesrates unter den Arbeitern, eine Anstöß, die man beim Führen leicht beiseite schieben könnte. Bei den Kommunisten kommt der Kampf gegen die Einigung daher, daß ihre einstige bisher positive Leistung in Deutschland die Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist.“

Herr Heilmann irrt! Wir haben gar keinen Grund, die Vereinigung der USB-Führer-Klique mit der SPD zu fürchten. Denn wir erwarten davon eine Klärung der politischen Situation für das gesamte deutsche Proletariat. Seit dem Haller Parteitag kann die USB nicht leben und nicht sterben. Es ist nur folgerichtig, wenn ihre Führer den Weg zur SPD zurückfinden.

Ein anderes aber ist es mit der Mehrheit der Arbeiter in der USB. Diese sind keineswegs für eine Wiedervereinigung mit der SPD zu haben. Alles leidet unter der Verwirrung der „Sünderweise“ und Hülferding ererbte Wiedervereinigung mit der SPD, die nur vermittelnd läßt auf der Basis der Demokratie, der Koalition mit der Sozialdemokratie, auf der Basis des parlamentarischen Kritizismus und des Nationalismus. Der größte Teil der USB-Arbeiter sieht, wenn auch noch nicht ganz klar und ganz entschieden, auf dem Boden des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats. Bisher haben sie geahnt, ihre Partei sei revolutionär. Nunmehr werden sie durch die Worte ihrer Führer, die die USB wieder mit der Sozialdemokratie vereinigen wollen, am besten eins anderen bekehrt und darüber aufgeklärt, daß sie mit den Breitscheidmannen, Hülferding, Caspary usw. brechen müssen, daß es für sie nur die eine Möglichkeit gibt, beim Kampfabmarsch ihrer Führer zu dem kommunistischen Heerhaufen zu stoßen.

Das Geschwätz von der Zersplitterung der Arbeiterchaft, an der die Kommunisten die Schuld tragen sollen, können wir uns nicht beruhigen lassen. Der 4. August steht wieder vor der Tür und wird bei allen Klassenbewußten Arbeitern die Erinnerung wecken an den schmachvollen Verrat der Scheidtmänner, an ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie, den Generälen und Jünglingen bis zu den Tagen, wo Roske die Arbeiter schändete, Scheidemann und Co. es über sich brachte, auf die weißen Gardien, der Sozialdemokratie wieder in den Sattel zu saßen.

Das sind die einzigen „positiven Leistungen“ der SPD. Das sind die Ursprünge der schmerzlichen Zersplitterung der deutschen Arbeiterchaft. Die durch die Laktik Breitscheidmannen und Hülferdingen vorbereitete vollständige Auflösung der USB ist allerdings ein wichtiger Schritt zur Befreiung der Arbeiterchaft des deutschen Proletariats — aber im kommunistischen Sinne!

Zum Konflikt auf den Werften.

Nachdem vorige Woche vor dem einmütigen Willen der Werftarbeiter, neue Entlassungen zu verhindern und zu diesem Zwecke selbst eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, die Direktion der A.-G. Weser, Bremen, nach einmaliger Rücksprache mit der Gewerkschaft, am 19. Juli dem Arbeiterrat auf neue die Entlassungslisten von 305 Arbeitern vorgelegt. Dieser hat sofort an den Schlichtungsausschuß den Antrag gestellt, die Entlassungslisten unvollständig zu erklären und nur eine Verkürzung der Arbeitszeit zu gestatten. Außerdem wird die RPD-Koalition in einer gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkunft erneut den Antrag stellen, daß der Beschluß der Werftarbeiterversammlung, auch gegen den Willen der Direktion, nur 5 Tage zu arbeiten, von Entlassungen zu verweigern in die Tat umgesetzt wird. In einer Besprechungsversammlung der Vertreter der RPD und RPD, daß sie die Verlegung von der Durchführungs dieses Beschlusses hindern abstrahieren werden. Die Verkürzung eine zeitweise Beschäftigung im Betrieb und nur, wenn eine Freiheitsbewegung für den Beschluß erreicht werde, seien sie mit der Durchführung der beschlossenen Arbeitszeit einverstanden. Darüber wird eine neue Vertrauensmännerkunft anberaumt.

Nach den Schlußworten der Direktion sei eine Verkürzung der Arbeitszeit dadurch einzuwirken, daß die Schlichtungsausschüsse sich entgegenstehen erklärt hätte, die Sozialdemokratie die Schritte zur Verkürzung zu helfen, deren Ziel bereits erreicht ist. Wenn eine neue Sitzung des Vertrauensausschusses kein für die „Feind“ genutztes Mittel herbeiführt, sei die Entlassung von weiteren mehreren Tausend Arbeitern notwendig.

Somit will das Werftarbeiter Komitee aus Schlichtungsausschüssen bestehen. Die Arbeiterchaft wird aber keineswegs zufrieden, daß derartige Schlichtungen der Arbeiterchaft unter sich auf ihren Rücken ausgetragen werden. Sie werden den nächsten Kampf führen gegen den Verrat, gegen die Festschließungen und damit auch gegen die Produktionsabsätze des Unternehmertums.

Der Streit im Saargebiet.

Von der Saar wird nach geschrieben:
Nach der Verhaftung der Gewerkschaftsangehörigen des Bergarbeiterverbandes wurde das USB nicht nur zur Arbeit gelassen, sondern sogar gegen neue Lohnbestimmungen ein, die teilweise noch höher als die bisherigen Bestimmungen galten. Als die Bergarbeiterchaft der Arbeiterchaft empfanden und auch durchsetzten, daß sie sich bei der Einsetzung geziehen lassen mußten (die verschiedenen Zweigvereine, Kassen, Arbeiterhäuser)

durch die Arbeiter unter der Hilfe des Reichstages, des TMS, den Arbeitern abzugeben, so wie die Kommunisten nach, daß in der nächsten Zeit die Lebensmittelpreise rapid steigen würden, und daß in der Saararbeiterchaft der Wille vorhanden war, einen Kampf zu führen um eine Lohnerrhöhung. Nachmal gelang es, die Arbeiter zu verkaufen und der Versicherung, man würde dafür sorgen, daß die Lebensmittelpreise „abgebaut“ würden. Nun inzwischen ist

der Lohnabbau gekommen, von einem Abbau der Lebensmittel spürt man hier an der Saar noch nichts.

Im Gegenteil sind die Preise sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsmittel durch ganz besondere Umstände noch im Aufstieg begriffen. Berg- und Hüttenarbeiter spüren den Lohnabbau noch nicht so sehr, das liegt aber daran, daß augenblicklich der Frank noch im Kurse steht, daß er zum Teil diesen Prozent Lohnabbau etwas ausgleicht, aber wir wissen ja, daß das eine vorübergehende Erscheinung ist und in der nächsten Zeit hat man wieder mit einer niedergehenden Tendenz in dieser Richtung hier zu rechnen und dann werden die Belegschaften Lohnabbau, niedrigerer Lohnsatz, verlängerte Arbeitszeit, starke Anziehung der Lebensmittelpreise, Brotpreise bis zu 20 M., das Brot auch hier im Saarrevier dem letzten Berg- und Hüttenarbeiter die Augen öffnen und ihn erkennen lassen, wie schamhaft es war, daß sich einige Führer der Arbeiterchaft, die sich und der freien Organisation bereit finden können, herantreten und mit den Unternehmern eingehen. Das Abkommen der Metallindustrie ist bis heute noch nicht unterzeichnet und wir empfehlen besonders den Metallarbeitern, dafür zu sorgen, daß es auch nicht unterschrieben wird.

Nicht, nachdem der allgemeine Kampf bereitete wurde treten die einzelnen Kategorien in Lohnbestimmungen, und zwar sind es Arbeiter wohl kleinerer Verbände, die aber schon sehen, daß ihr Lohn durchaus nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit der Produktionskraft der notwendigen Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände, und daß der Kampf nur auf breiter Grundlage erfolgreich geführt werden kann.

Der Kampf des Proletariats im Ruhrrevier.

Die Streikbewegung ist weiterhin angewachsen. Die Arbeitermassen gehen nunmehr geschlossen im Kampf. Eine Ausnahme bilden nur einige Eisenwerke. Nach wie vor beherrschen die Streikenden auf der Durchführungs der Resolution, worin die Ruhrlohnentabelle für das Ruhrgebiet verlangt werden. Des weiteren wird die gesamte Arbeiterchaft zur Solidarität und zur Einheitsfront aufgerufen. Am Freitag vormittag wird eine Betriebsrat-Konferenz des Ruhrgebietes in Alsdorf, Lokal Buttenbrock, stattfinden. Auf dieser Konferenz, an der sämtliche Organisationen arbeiten sind, werden die Vertreter der Arbeiterchaft über die Fortsetzung und Steigerung des Kampfes Beschluß fassen müssen.

Die Situation ist für die Streikenden günstig, obwohl sich die Angehörigen der Zentralgewerkschaften die größte Mühe geben, die Bewegung zu kanalisieren. Ein hier einsetzender Führer des alten Bergarbeiterverbandes erklärte, sich nicht für die Lohnforderungen des hiesigen Metallarbeiterproletariats einzusetzen zu können. Der Wille der Masse wird diese verzögerlichen Elemente zwingen, abzutreten, und die Führung des Kampfes den Arbeitern selbst anzuvertrauen.

Die Kahr-Regierung als Stütze der Gewerkschaftsbürokratie.

Auf neue tritt die bürgerliche Diktatur den Beweis dafür an, daß sie es auch versteht, sich stützend vor die Verbändebürokratie im Metallarbeiterverband zu stellen. Eine Hand wäscht die andere! So wird uns heute von unseren Genossen aus dem Bezirk Nürnberg gemeldet, daß die Kriminalpolizei im Auftrag der Regierung unter Aufsicht von der Polizei weg beschlagnahmt hat mehrere Genossen haben natürlich diese Scharte sofort ausgemerzt, indem sie durch Handzettel den Mitgliedern Mitteilung von diesem Staatsverrat der bürgerlichen Regierung machten; ein Beweis dafür, daß auch unsere konterrevolutionären Genossen sich durch den Liebestrank, den die Kahr-Regierung Robert Dillmann und den Seinen erteilt, nicht abhalten lassen werden, die rechte Wahlpropaganda zu treiben für die Liste der revolutionären kommunistischen Metallarbeiter.

Pressfreiheit im „reinsozialistischen“ Sachsen.

Wie unser Leipziger Parteiblatt, der „Rote Kurier“, berichtet, erschienen am Montag früh in den Räumen des Blattes Kriminalbeamte, um die Freitagnummer des „Roten Kurier“ zu beschlagnahmen. Der Kriminalpolizei seien aus einige Exemplare in die Hände. Die Beschlagnahme ist erfolgt, weil die Nummer einen Aufsatz „Gegen Hunger, Steuern und Arbeiterentlastungen“ enthielt.

Diese Beschlagnahme ist ein unzweifelhafter Schandakt und ein klarer Verstoß gegen die Verfassung. In der Verfassung steht es, daß der freie Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift ist unantastbar. Der beanstandete Artikel schilderte die Not des Proletariats infolge der Verkünderung des Fries und des unzureichenden Erwerbs. Er enthält wirklich nicht eine einzige Stelle, die die Beschlagnahme selbst vom bürgerlichen Rechtsstandpunkt aus rechtfertigen könnte.

Die Minister des „reinsozialistischen“ Sachsens treten die Verfassung ebenfalls mit Füßen wie jede bürgerliche Regierung, wenn es gilt, die bürgerliche Bewegung zu unterdrücken. Wir fragen den Minister des Innern, den unabhängigen Staatsrat, ob er diese konterrevolutionäre Schandtat mit einem „ressonanzlosen“ USB-Genossen in Einklang bringen kann.

Fußtritte für die USB.

Die Thüringer Reaktion hat ihr zweites Opfer gefordert. Nachdem es dem Ansturm der Rechtsparlamentarier gelungen war, den republikanischen Kommandeur der Landeswehr, Müller-Brandenburg, von seinen Posten zu entfernen, richtete sich die Heere gegen den Minister von Brandenstein, der als Vertrauensmann der USB in der Thüringer Landesregierung saß. In der heutigen Sitzung der Thüringer Landesversammlung beauftragte Minister von Brandenstein die von dem Abgeordneten v. Eichel-Streiber an die Landesregierung gerichtete Anfrage, die sich auf die Verantwortung des in der Sitzung vom 6. Juli durch den Reichstagen des Ministeriums des Innern verliehenen amtlichen Gutachtens über den berühmtesten Reichsminister Langel bezog. Minister von Brandenstein erklärte, daß er noch wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Verletzung des Sachaltens eine politische Notwendigkeit gewesen sei, denn es habe sich darum gehandelt, die politische Qualifikation und die staatsrechtliche Verantwortlichkeit des früheren Reichsministers Langel vor dem Reichstag klar zu legen, nachdem dieser in der rechtsstaatlichen Presse des Reiches und Thüringens einen unzweifelhaften Verleumdungsbeitrag gegen die Regierung in Szene gesetzt habe. Im Anschluß daran gab Minister von Brandenstein folgende Erklärung ab:

„In der Besprechung des Staatsministeriums hat sich die Meinung geltend gemacht, daß der Reichstagen die Verantwortung der Anklage nicht einverstanden erklären können. Ich hatte mich wegen dieser Unmöglichkeit entschlossen, von meinem Amte zurückzutreten. Mit Rücksicht auf die weitgehenden Schwierigkeiten langwierigen und preisgezügelter Arbeiter in der Reichstagen, daß die dringenden Arbeiten noch vor sich erledigt werden. Ich habe daraufhin meine Rücktritt bis zum 5. Oktober 1923 zurückgezogen und fordere hiermit die Fortsetzung in dem Reichstagen für diesen Termin.“

Die Haltung der Thüringer Sozialdemokratie ist im Falle Brandenstein dieselbe wie im Falle Müller-Brandenburg. Auch Brandenstein hat sie den Mut nicht angedrückt, der offenen Reaktion entgegen, für den Minister Brandenstein einzutreten. Wie sie offenbar den Minister Müller-Brandenburg hat fallen lassen, so auch jetzt wieder im Interesse der Koalition den Minister von Brandenstein.

Wir sind gespannt, ob die USB auch diesen Schritt der rechtsstaatsrechtlichen rückwärtigen Streber im Kabinett hinnehmen oder ob sie endlich das selige Geständnis zum Sturz bringen wird.

Geldstrafen für die Reichen — Gefängnis für die Armen!

Auf Grund eines Antrages des preussischen Justizministers hat der Reichsminister eine Vorlage ausgearbeitet, die sich mit der Neuordnung des Verhältnisses von Freiheits- und Geldstrafen befaßt. Die „Tena“ stellt darüber folgendes mit:

„Durch den Entwurf wird erreicht, daß die Geldstrafe mehr als bisher zum Ersatz der Freiheitsstrafe dienen kann. Außerdem eröffnet der Entwurf der Geldstrafe ein neues Gebiet, indem er das Gericht ermächtigt, überall da, wo wegen eines Vergehens bisher auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden mußte, eine Geldstrafe zu verhängen, wenn nicht mehr als ein Monat verhaftet ist und der Strafmaß durch eine Geldstrafe erreicht werden kann. Die angeordneten Geldstrafen werden zehnmal höher angesetzt; einem Tag Freiheitsstrafe werden 150 Mark statt bisher 15 Mark gleichgesetzt; für Vergehen, bei denen jetzt Freiheitsstrafe überhand nicht oder nur neben Freiheitsstrafe zulässig ist, soll die Freiheitsstrafe durch eine Geldstrafe bis zu 2000 M. ersetzt werden, falls das Erkenntnis auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Monat lautet. Kann die Geldstrafe nicht eingetrieben werden, so tritt die Freiheitsstrafe an ihre Stelle. Teilstrafen, sowie Tilgung durch freie Arbeit in der „Tena“ auf sein. Für die Wundersumme ist der 1. Oktober in Aussicht genommen.“

Die reichen Bächerer und Eischer können sich freuen! Die deutsche „Rechtlichkeit“ macht wieder einen Schritt vorwärts in ihrem Sinne. Wer Geld hat und sich einmal eine kleine Freiheitsstrafe erlauben will, der braucht sich vor der „entehrenden“ Gefängnisstrafe nicht mehr zu fürchten. Die Gefängnisstrafe stehen nur für die Armen, die aus Not leben. Diese können, da sie meist arbeitlos sind, in den weißen Wänden mehr „Tilgungsumme“ machen, noch durch „freie“ Arbeit die Strafkammer tilgen. Sie werden weiterhin in den finsternen Zellen der Strafalten überliefert werden.

Die Waffenlager der Frankfurter Druckschiffe.

Zu den von uns bereits kurz gemeldeten Waffenkammern in Frankfurt a. M. tritt die dortige Polizei weiter mit:

Die Nachforschungen ergaben, daß sich im Wähler-Hymnasium 60 Riffen Infanteriemunition befanden, zu denen acht Schuss, in denen 40 Gewehre verborgen waren. Nach Angaben des Schulpöbels sind die Tonnen von dem Studenten Dr. Jung herbeigeführt worden. Eine Untersuchung bei Dr. Jung ordnete erhebliches Befragungsmaterial an. Man fand verschiedene Listen, die Namen von 17 ausländischer Vertrauensleute enthielten, wodurch eine Reihe der unter Verdächtigkeiten kompromittiert ist. Ein Journal Dr. Jung, der am 2. Oktober in der Drahtfabrik in Frankfurt kommt, befindet sich zurzeit außerhalb Frankfurts und weiß vermutlich in der Tschechoslowakei.

Der Student Fritz Renner, der die Riffen im Automobil zur Schule brachte, ist inzwischen geflohen. Eine Hausdurchsuchung bei dem Wirt Bomme in der Eckerheimer Landstraße brachte weitere 513 Gewehre zutage, die in Riffen verpackt waren. In einer Dachkammer wurden außerdem etwa 40 Riffen mit Munition gefunden. Eine Reihe von Personen, unter denen sich der Wirt Bomme, der Bedient des Wähler-Hymnasiums Brinkmann, der Chauffeur Fischer, der stud. med. Wape und der Buchhändler Knappe befanden, sind dringend verdächtig, zu landesverräterlichen Zwecken heimlich Waffenlager besetzt zu haben. In weiteren Personen, die zwischen spurlos verschwinden sind, wird eifrig gefahndet. Die Anwesenheit soll zeitlich aufgeklärt werden. Die beschlagnahmten Waffen sind bereits in die Kasse verpackt worden.

Viele Waffenkammern bereiten wieder einmal auf das einseitige, mer die Waffen besitzt und mer konsequent auf das Abschichten der Arbeiter hinarbeitet. Wir wären nicht hoch ermuntert, die Sache zurückzuführen, wenn der Polizeibericht nicht eben wieder eine Vorbereitung auf die Strafbarkeit der Druckschiffe bedeute. Der Student Dr. Jung ist außerhalb Frankfurts, vermutlich in der Tschechoslowakei. Der Student Fritz Renner ist geflohen, mehrere Personen sind spurlos verschwunden. Und über die Erhaltung des belasteten Wirt Bomme, des Bedient des Hymnasiums, des Chauffeurs Fischer, des Studenten Wape und des Buchhändlers Knappe schweigt sich der Polizeibericht rüchlich aus. Das ist die letzte Aufforderung an die erwarteten Verbrecher, sich aus dem Staube zu machen, damit der Druckschiff eine neue öffentliche Verewaltung von Recht und Gesetz erpart beibe.

Während man die Arbeiter in Mitteldeutschland und anderswo wegen Besitzes einer Waffe zu vielen Tausenden von Jahren ins Zuchthaus schickte, wird eben jetzt wieder von Polizeimären behauptet, daß die bürgerlichen Arbeiterwerbepiraten keine Waffe besitzen. Das nennt man dann die „reine“ Wirkung der Anwesenheit! Die Arbeiter werden hieraus hoffentlich die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Der ober-schlesische Konflikt.

(BIB.) London, 21. Juli.

Das Reuters-Büro meldet: Es verlautet, daß, obgleich Briande Antwort auf die letzte britische Verbalnote, betreffend Oberschlesien und den Obersten Rat noch nicht eingegangen ist, die britische Regierung doch mehr oder weniger über den Inhalt des von Frankreich zu erwartenden Antwort unterrichtet ist. Inzwischen ist es durchaus verkehrt anzunehmen, daß der Bericht der autorisierten Oberkommissare die Ansicht der britischen Regierung irgendeine ebändere. Tatsächlich bestätigt sein allgemeines Inhalt den britischen Standpunkt und die dringende Notwendigkeit, daß der Oberste Rat die Frage regelt. Briand ist noch immer der Ansicht, daß, solange der gegenwärtige Zustand in Oberschlesien andauert, irgendeine vom Obersten Rat getroffene Entscheidung nicht ausgeführt werden könne, und er ist ferner der Meinung, daß eine so wichtige Frage genauere Unterhandlungen erfordert, die nicht in wenigen Tagen beendet werden können. Briand geht am Sonnabend auf Urlaub. Er ist der Ansicht, daß der Oberste Rat vor August nicht zusammentreten könne.

Die englische wie die französische Regierung beharren also beide auf ihrem Standpunkt. Die englische Regierung hat jedoch nicht die Macht und auch nicht den Willen, die ober-schlesische Frage über den Kopf der französischen Bourgeoisie hinweg zu setzen. Sie wird sich, um den Übergang des ober-schlesischen Autokratismus in die Hände der polnischen und damit der französischen Bourgeoisie zu verhindern, in einen offenen Konflikt mit Frankreich nicht stürzen. So bleibt auch ihr schließlich nichts anderes übrig, als die Verschleppung der Frage.

Für die Regierung Briand wäre eine rasche und für die deutsche Bourgeoisie einigermaßen annehmbare Lösung der ober-schlesischen Frage von der größten Bedeutung. Briand hat gestern einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß sein Programm gescheitert sei und der Zerfall und Sturz des Kabinetts drohe, wenn er im Herbst vor den Reichstagen in den Fragen Oberschlesien und der Aufhebung der Sanktionen mit leeren Händen treten müßte. Heute sagt der Innenminister und Sozialdemokrat Brandauer, die Ausführungen Briands unzureichend, über Oberschlesien

Der Reichstag beschließt die Fortsetzung der Verhandlungen über die Vorarbeiten für die Erfüllung des Ultimatums der deutschen Botschaft in Brüssel...

Die Politik Wirths ist aber auch die Politik seiner Anhänger. Die Unabhängigen setzen ihre Karte auf die Verständigung mit der Entente...

Die Studenten propagieren den Arbeitermord.

Die Straffreiheit, die die bürgerlichen Klassenrichter den Mordbrennern und Mordbrennerinnen für ihre fieseln Mordtaten an armen revolutionären Arbeitern einräumen...

Radikale Politiker, wie Breitscheid, wollen den Franzosen den Rücken zukehren. Wir unsererseits müssen mit solchen politischen Verbündeten im Inlande fertig werden...

Wir wissen, daß für die unabhängigen Sozialisten ein parteipolitisches Ziel hinter ihrer frankophilen Politik steht, daß sie die Franzosen als Machthebel für die Enttarnung des deutschen Produktionsbegriffes benutzen wollen...

Die 'Freiheit' protestiert aufs schärfste gegen die Behauptung, daß sie 'den produktiven Besitz in Deutschland enteignet' wolle. Da müssen wir ihr allerdings Recht geben...

Der immer frecher werdenden reaktionären Mordhetze gegen Arbeiterführer kann das Proletariat aber nicht dadurch begegnen, daß es die Anwürfe der Reaktion als ungerichtet zurückweist...

Arbeitsfriede.

Roman von Franz Jung.

Copyright by Der Markt-Verlag, Bar in-Holtensee 1921.

Das war den beiden andern ganz willkommen, darin mit einzustimmen und die Sache als wohl nicht so ernst gemeint hinzustellen. Er wäre zwar nicht so recht warm geworden hier, aber das hätte doch noch kein Grund sein...

Neue Pläne werden lebendig.

Die Sache mit der Werkstatt wurde wirklich richtig angefaßt, und auch die Vorstände dort eigentlich Zeit gehabt hatten, sich damit zu befassen...

Ausland.

Londoner Metallarbeiter gegen ihre Gewerkschaftsleitung.

Die Erregung der englischen Metallarbeiter gegen die Leitung ihrer Gewerkschaft ist sehr groß. Bekanntlich hatten die Metallarbeiter beschlossen, den Abbau der Löhne mit einem Kampf zu erwidern...

Am Sonntag fanden in verschiedenen Stadtteilen Londons Versammlungen der Metallarbeiter statt, in denen beschlossen wurde, die Gewerkschaftsleitung davon zu lassen. Daraufhin erschienen am Montag eine größere Zahl von Metallarbeitern...

Die Londoner Metallarbeiter schlen einen neuen provisorischen Vorstand ein, der einen außerordentlichen Verbandstag einberufen hat, um über die weiteren Schritte des englischen Metallarbeiterverbandes zu entscheiden.

Der Präsident des Metallarbeiterverbandes, J. L. Brownlie, hat gegen die Einbringung der Hilfe der Polizei in Anspruch genommen. Nachdem er das Haus des Verbandes verlassen hatte, kehrte er mit einem großen Polizeiaufgebot zurück...

Am Dienstag fand eine große Versammlung der Metallarbeiter in Camberwell Green statt. Nach Schluß der Versammlung marschierten über 1000 Arbeiter zum Hauptstadthaus des Verbandes...

Da keine Basis für Verhandlungen erreicht werden konnte, verließ die Deputation das Gewerkschaftshaus und erstattete der Versammlung der Metallarbeiter Bericht. Es wurde ein Komitee gewählt, um über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten.

Dieser der 'Daily Herald' erwähnte Faktenstand bildet in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung etwas Unerhörtes. Die englischen Gewerkschaftsautoritäten waren bisher gewohnt, zu schalten und zu walten ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder...

Leuerungstrawalle in Graudenz.

Auf dem Wochenmarkt wurde alles kurz und klein geschlagen, die auf Verkauf ausgestellten Butter- und Eierstände zerstört. In die umliegenden Felder drang die Menge ein und nahm die roten Fleischstücke vom Haken weg...

Neue Demonstrationen der Legilarbeiter.

(EE.) Warschau, 21. Juli.

Anlässlich des allgemeinen Streiks der Legilarbeiter fand in Lodz eine Demonstration der Streikenden statt, an der über 2000 Personen teilnahmen. Der Demonstrationstrupp bewegte sich durch die Straßen der Stadt und erwartete auf einem Platz die Arbeitenden...

die Arbeitenden sich hineinfanden, wie glatt die Arbeit vorstatten ging, und wie jeder eiferte, hinter dem anderen nicht zurückzubleiben. Die Werkstatt hatte es gar nicht nötig, jene Zeit zu überwinden, in der man spöttelt und kritisiert und sich mehr mit Gewalt von den Vorteilen einer Sache überzeugen läßt...

Aber ein anderer Mann trat auf, der sich bisher gleichfalls schon im Hintergrund gehalten hatte. Er war eigentlich auch erst durch die letzten Ereignisse mehr in den Kreis hineingekommen worden. Es ergab sich eben dann leichter die Möglichkeit, mit den Nachbarn in ein Gespräch zu kommen...

Sis einer mit dem Vorschlage herauskam, sie wollten sich erst untereinander klar werden, was sie da eigentlich lernen wollten, dann würden sie ihn dazu holen. Der Doktor war darüber sehr froh. Er hörte heraus, daß die Verbindungsmöglichkeit geworden war, und er wuchs schneller in ihre Gemeinschaft hinein...

Gewerkschaftsdelegationen, die mit dem Wohlfahren verhandeln, da jedoch kommunistische Reden gehalten wurden, löste die Polizei die Versammlung.

Kampf der Straßburger Elektrikarbeiter gegen den Lohnabbau.

Die Elektrikarbeiter von Straßburg sind heute vormittag plötzlich ohne vorherige Ankündigung in den Streik getreten. Die Stadt ist ohne Licht. Der Betrieb der Straßenbahn mußte eingestellt werden...

Faschisten-Terror in Italien.

In Triest und in Udine bei Triest kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Faschisten einerseits, Katholiken und Kommunisten andererseits. In Udine entzündeten die Faschisten eine Bombe, welche der frühere hierische Bürgermeister als Erinnerung an den Einzug der Österreicher nach dem Sturz Napoleons hatte anbringen lassen...

Die Abwehrbewegung des Proletariats gegen den reinen Terror der Faschisten ist in raschem Zunehmen begriffen. In einer ganzen Reihe von Städten wurden Volkswachen gebildet, und es gelang, in einer Reihe von Orten die Anriffe der Faschisten abzuwehren.

Faschistengreuel in Spanien.

Die Morden in Barcelona dauern fort. In den letzten Tagen forderten sie fünf Opfer unter den Arbeitern, darunter drei, die früher zum Roten Syndikat gehörten.

Das Uebereinkommen über den Austausch der ungarischen Kommunisten.

Die Unterhandlungen, die in Royal zwischen Udinau und dem Vertreter der ungarischen Regierung, Dr. Singerth, geführt worden sind, sind nun in Wien abgeschlossen worden. Das von Hanetsky und Ungarn unterzeichnete Uebereinkommen sieht die beiderseitige Auswechslung der Stoß- und Kriegsgefangenen vor...

Aus der Partei.

Ausschluß Hermann Lindemanns.

Die am Sonnabend, 18. Juli, in Erfurt tagende Bezirksauschussung des Bezirks Ostthüringen hat nach Entgegennahme des Berichts des Bezirkskomitees einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen, den bisherigen Parteisekretär Hermann Lindemann, Erfurt, wegen großen Vertrauensbruchs aus der Partei auszuweisen.

Den großen Vertrauensbruch stellt der Bezirksauschuss u. a. darin, daß Lindemann, obwohl ihm der Beschluß des Bezirkskomitees, wonach der Untersekretärposten in Erfurt eingezogen werden sollte, bekannt war, er weiter von der Bezirksleitung beauftragt worden war, zur Zentrale zu fahren, um dort über seine weitere Verwendung in der Partei mit der Zentrale Rücksprache zu nehmen...

Mit dem, was man wollte, kam man nun sehr schnell überein. Sie wollten hauptsächlich eine Arbeitsstätte einrichten und dort technische Kenntnisse lernen. Man wollte dort begriffen lernen, was man täglich erarbeitete, die Methoden vergleichen und die Mittel, diese Arbeit weniger schwerfällig und anstrengend zu machen...

Das hatten sie zuerst auch ganz richtig gefunden. Dann aber war darin doch ein Haken, denn die Arbeiterschaft auszuflären, ist ja für sich allein schon Politik, und sie läßt ihm noch einmal gründlich auf den Zahn, was er damit meine. Sie fanden aber keinen Grund zum Mißtrauen, doch nahm sich jeder vor, die erste Gelegenheit zu benutzen und dem Doktor das noch auszutreiben...

Der Doktor ließ sich nicht müde werden, eifrig dazu zu arbeiten. Was zuerst noch unverständlich blieb oder zu schnell ging, wurde immer wieder gefragt, und der Doktor lernte Geduld, immer wieder zu antworten. Die beiden Nachbarn kamen von selber. Auf vieles Trängen mußte der Doktor einen gleichen Kursus in Abendstunden halten...

Zehnpromiliger Abzug vom Arbeitslohn.

Die Lohnsteuer hat ihre Geschichte. Als das Gesetz des zehnpromiligen Abzuges vom Lohn im Sommer 1920 zum ersten Male zur Durchführung gelangen sollte, lehnten sich die Arbeitermassen in ganz Deutschland spontan gegen diesen brutalen Eingriff der Oberrepublik in ihr Arbeitsverhältnis an. In Leverkusen, Merseburg, Halle, Frankfurt, Stuttgart, überall stammten Streiks auf. Unter den Laudarbeitern war die Erregung so hoch, daß der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft an das Reichsfinanzministerium die dringende Bitte richtete, den zehnpromiligen Lohnabzug bis zur Beendigung der Nachfruchtperiode und der Vorbereitungen außer Kraft zu setzen, da andernfalls Arbeitsverhältnisse in großem Umfange drohen, die Ernte und Herbstbestellung gefährdet hätten. (Deutsche Tageszeitung Nr. 376 vom 10. 6. 20.)

Die Kommunisten waren es, die mit all ihrer Kraft versuchten, diese vereinzelten Streiks in ein einheitliches Volk zu leiten, um durch die Macht eines geschlossenen Angriffs diesen Vorstoß der Bourgeoisie zur Abmilderung der Steuerlasten auf das Proletariat erfolgreich abzumehren. Die Gewerkschaftshierarchie wußte es — getreu ihrer Rolle als Schlichter der Bourgeoisie — zu verhindern, daß die Einzelkämpfe sich zu Massenaktionen ausweiteten, die unter den heutigen Verhältnissen nur allein einen Erfolg verbürgen. Das Gesetz gelangte zur Durchführung. Wie es sich auswirkt, kann man aus der Veröffentlichung der Steuerertragsliste im Jahre 1920 erkennen. Von den vereinnahmten 46 Milliarden fielen auf die Einkommensteuer — die fast nur aus dem Lohnabzug stammt — über 9 Milliarden, d. h. 20 Prozent der gesamten Einnahme des Reiches — wurden durch einen direkten Eingriff in das Einkommen der Arbeiterklasse aufgehoben! Die fehlenden 3 Milliarden Mk. — die Einkommensteuer war insgesamt auf 12 Milliarden Mark veranschlagt — gehen ganz auf Rechnung der Bourgeoisie, die sich infolge der „schwierigen“ Veranlagung (?) bisher glatt der Einkommensteuer entzogen hat!

Diese Summen reichen aber für den neuen Haushalt bei weitem nicht aus, sie müssen verdreifacht werden. Die Reichsregierung will dabei aber alle Gegenbewegungen der Arbeiterklasse von vornherein unterbinden, deshalb erhöht sie nicht die Lohnsteuer, was heute noch viel provozierender wirken würde als vor einem Jahre. Sie will vielmehr die neuen Milliardenlasten durch eine unerträglichste Steigerung der Abgabe in Form von Massenarbeitslosen und durch eine „bessere“ Veranlagung der Einkommensteuer aufbringen. Allein aus diesem Grunde und nicht aus Menschenfreundlichkeit für die Arbeiterklasse, die der Regierung der Justizschande und des Arbeitermordes wirklich sehr schlecht stünde, sind die „Monette zum Einkommensteuergesetz vom 24. März dieses Jahres“ und der „Gesetzentwurf über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn“ vom 11. Juli auch von den bürgerlichen Parteien angenommen worden. Die durch diese Gesetze getroffenen Maßnahmen bestehen vor allem in einer leichten und daher weniger kostspieligen Veranlagung für den Staat. Während es bisher so war, daß der zehnpromiliger Abzug nur vorläufig galt und am Ende des Steuerjahres eine nochmalige Veranlagung der Lohn- und Gehaltsempfänger stattfand, fällt diese Veranlagung jetzt bei den Einkommen von nicht mehr als 24 000 Mark weg. Der Arbeitgeber hat vom Arbeitslohn einen Betrag von 10 v. H. einzubehalten. Dieser Abzug stellt die endgültige Einkommensteuer dar.

Als Arbeitslohn gilt der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in Ansehung des primären Dienstleistungen oder angelernter Berufe aus dieser Beschäftigung oder Stellung, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form bezogen. Als Arbeitslohn gelten auch Bartegelde, Kassegehälter, Witwen- und Rentenpensionen, Bezüge aus der reichsgesetzlichen Angestellten-Hilfe, Anwarts- und Hinterbliebenenversicherung und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Dienstfähigkeit.

Dienstauswandsentschädigungen, die besonders höheren Angehörigen gewährt werden, unterliegen nicht dem Lohnabzug, sie sollen jedoch (?) vom Unternehmer angegeben werden, um Steuerhinterziehungen unmöglich zu machen. (!) Der Betrag von 10 v. H. ermäßigt sich:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählenden Ehefrau
- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um je 0,10 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um je 0,40 Mark täglich.
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 2,40 Mark wöchentlich.
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 10 Mark monatlich.

2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind

- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,15 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mark täglich.
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich.
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 15 Mark monatlich.

3. für jedes im Alter von nicht mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnung bezogen, werden nicht gerechnet

4. Zur Abhebung für Werbungskosten (Jahres-Arbeitsverhältnisse usw.):

- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,15 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mark täglich.
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich.
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 15 Mark monatlich.

Zur Abhebung ist eine Erhöhung dieser Beträge vorgeschrieben, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm gewährten Beiträge im Summe des 13. des Betrages von 1000 Mark um mindestens 150 Mark übersteigen. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Verdienst zum Teilzeit- oder verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern wöchentlich 240 Mark, so sind 10 Prozent davon 24 Mark. Dieser Betrag ermäßigt sich:

1. um 4,80 Mark
 2. um 7,20 Mark
 3. um 3,60 Mark
- so daß als Steuerleistung verbleibt 8,40 Mark.

Die Metallarbeiter vor der Entscheidung.

Die Gewerkschaften stehen vor ungeheurer schweren Aufgaben und Entscheidungen. Auf der ganzen Linie ist ein ständiges Anwachsen der reaktionären Macht der Kapitalistenklasse zu beobachten. Diese Tatsache äußert sich:

- für die Kapitalisten in steigenden Dividenden.
- für das Proletariat dagegen in steigender Not, in tiefer Arbeitslosigkeit, Minderung der Löhne und Arbeitspreis, Verlängerung der Arbeitszeit,
- Einführung der Schlichtungsordnung, die einem Streikverbot gleichkommt,
- Virulente Klassenpolitik gegen Arbeiter, Schwere Steuerlasten für das Proletariat, Verteuerung aller Lebensmittel.

Diesen, teils schon bestehenden, teils drohenden Lasten und Ausbeutungsmahnen müssen die Gewerkschaften mit Einsetzung ihrer ganzen Macht begegnen, wenn sie das Vertrauen der Massen behalten, resp. gewinnen wollen, und wenn sie das Proletariat vor der gänzlichen Verelendung bewahren wollen. Im September findet in Jena der Verhandlungstag des Metallarbeiterverbandes, der größten Gewerkschaft der Welt, statt. Bei dem großen Einfluß, den dieser Verband im DGB hat, sind die in Jena gefassten Beschlüsse von ausschlaggebender Bedeutung. Haben die bisherigen Machthaber im Metallarbeiterverband, die vereinigten Oligarchen und Rechtssozialisten, schon etwas getan, um den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die immer mehr eskalierende Reaktion aufzunehmen? Nein, sie haben es für nötig, mit den Unternehmern im Eisenwerkverband zusammen zu sitzen, zu beraten und zu verhandeln. Zutunwacht gegen sie jedem größeren Kampf aus dem Wege und wenn die Arbeiterklasse in irgend einem Ort oder einer Fabrik aufreißt, wird oder in der Erörterung zum Streik greift, dann haben die Amsterdamer Strategen nichts eiligeres zu tun, als den Kampf zu liquidieren und so schnell wie möglich abzuwehren. Dadurch kommt es, daß nicht nur jeder Kampf verloren geht, sondern daß die Massen den Glauben an die Organisation verlieren und aus dem Verband austreten, während die Führer an dieser fälschlichen Taktik, die Kommunisten aus dem Verband ausschließen werden.

100 000 Arbeiter hat der DGB, in den letzten Monaten auf diese Weise verloren.

Statt hieraus die Konsequenzen zu ziehen und die Arbeiterklasse durch erhöhte Aktivität, durch den Anruf zum gemeinsamen Kampf gegen die Führer an den Verband heranzuziehen, wird von den Amsterdamer die Wille zur Tat systematisch gelähmt.

Sie stimmen einer Schlichtungsordnung zu, die jeden Streik verbietet, dem nicht monatliche Verhandlungen vorausgehen und Arbeiter die dagegen verstoßen, werden mit den schwersten Strafen bestraft. Die Amsterdamer treten für den kapitalistischen Niebraubau, für die Verlängerung der Arbeitszeit, für Ableitung eines Arbeitsdienstgesetzes der jugendlichen Arbeiter und für den Abbau des „Anfangs“ der Erwerbslosen-Unterstützung ein (Grafmann und Wiedemann in Hamburg).

Die Amsterdamer unternehmen nichts gegen die Klassenpolitik, die über die Arbeiter Tausende von Jahren Nachbarschaft und Gestank verhängt, dagegen aber die Kap-Verbrecher und Arbeitermörder frei herumlaufen läßt. Ja, sie unterstützen diese Henkerpolitik noch, denn erst am 21. Juli hat der Rechtssozialist

Sind einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 24 000 Mark nicht übersteigt, infolge teilweiser Erwerbslosigkeit die zulässigen Ermäßigungen nicht voll in Anrechnung gebracht worden, so sind diese Beträge auf Antrag in bar zu erstatten. Lebersteuern die Einkommenssteuern den Betrag von 2700 Mark, so hat der Steuerpflichtige am Schluß des Steuerjahres das Recht, Veranlagung zu beantragen. In Fällen, in denen die jetzt angelegten Abzüge nicht schon beim Steuerabzug in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, erhöhen sich zum Ausgleich die unter den Werbungskosten erwähnten Abzüge für

- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden auf 0,40 Mark für je zwei angefangene oder volle Stunden.
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen auf 1,40 Mark täglich.
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen auf 8,40 Mark wöchentlich.
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten auf 35 Mark monatlich.

Trotzdem bleibt der Lohnabzug ein unerhörtes, rückwärtsgerichtetes Eingriff der „sozialen und demokratischen“ Oberrepublik in die Einkommensverhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger, die heute nach den amtlichen Berechnungen schon lange nicht mehr für das Existenzminimum ausreichen. Unter der Regierung Wilhelms II. blieben die Einkommen bis 900 M. völlig steuerfrei. Unter dem glorreichen Regime des Sozialdemokraten Coert werden auch Einkommen zur Besteuerung herangezogen, die auf Grund der Geldentwertung, auf die sich sonst immer alle Sozialökonomien zu berufen pflegen, steuerfrei bleiben mußten.

Die Kommunisten stehen deshalb diesem Steuergesetz genau so feindselig gegenüber, wie zuvor. Sie werden auch weiterhin mit allen Mitteln versuchen, es so schnell als möglich zu Fall zu bringen. Wenn sie an Verbesserungen innerhalb des Gesetzes mitgearbeitet haben, so aus dem Grunde, weil sie es für ihre Pflicht halten, Erleichterungen für die Arbeiter herauszuholen, wo sie nur können und sie nicht der Meinung jenes ruffischen reaktionären Arbeiters sind, der — als ihm die Revolution zu langsam voranging — in die Polizei eintrat, die Arbeiter mit verprügeln ließ und glaubte, damit die Revolution schneller vorwärts zu treiben. Während die Sozialdemokraten auf Grund dieser geringfügigen Verbesserungen dem Finanzminister Dr. Wittich freie Hand für die indirekten Steuern gegeben haben, werden die Kommunisten immer daran festhalten, daß sie alle Steuern für den kapitalistischen Staat aus dem Arbeitslohn — direkt oder indirekt — abzweigen, daß die Steuerlasten für den Staat nie für den proletarischen Krieg alle in die Taschen zu tragen haben.

Das große Erwachen.

In Berlin ist die erste größere revolutionäre Bewegung entstanden. Die Arbeiter haben sich erhoben. Am Donnerstagabend haben die Berliner Arbeiter den Arbeiter, der die Straße nach etwa 200 Personen, bestrich, der Arbeit niederknien. Die Oberzüge haben sich mit einem lauten Getöse erfüllt, so daß nur noch die Arbeiterarbeiten ausstrahlten.

Wir wissen in diesem Augenblick nicht, ob es dem Finanzminister, der begünstigt wurde auf Urlaub ist, gelungen wird, den Streik mit letzter Fortsetzung abzumachen. Wir wissen nicht, ob die völlig unorganisierten Kräfte mit genügender Intensität ihre Forderungen durchsetzen können, wenn trotz aller Hindernisse der kommunistischen Arbeiter der Sozialdemokraten ist, ein Arbeiter

Ziering in einer Versammlung in Dresden auf die Forderung: Freilassung der politischen Gefangenen mit den Worten geantwortet: „Für diese Verbrecher gibt es keine Amnestie.“

Die Amsterdamer treten weiter ein für die Erhöhung aller Steuern, die das Proletariat belasten. Als neuestes Mittel, um dem Kampf aus dem Wege zu gehen, wird von den Theoretikern des DGB, dem bekannten Dr. Striemer, den Arbeitern allen Ernstes empfohlen, sie sollen mehr sparen, um mit den anachronistischen Kapitalien den bestehenden Kapitalismus zu überwinden.

Das ist das Programm der Amsterdamer. Die Kommunisten dagegen sagen: Jeder Versuch, die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzubauen und in Gang zu bringen, muß fehlschlagen. Das haben nicht nur die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, sondern das sprechen auch namhafte Vertreter der Kapitalisten selbst aus. Wohl kann die Verlängerung der jetzigen Wirtschaft durch die Wirtshilfe der Gewerkschaften erreicht werden; aber das bedeutet Verlängerung der Not des Proletariats. Aus dieser unserer Stellungnahme folgt, daß sofort jede Zusammenarbeit mit den Kapitalisten in der Arbeitsgemeinschaft, im Eisenwerkverband, im Genfer Arbeitsamt und wie sonst diese Institutionen alle heißen, aufhören muß.

Wir verlangen weiter, daß nicht nur jedem Vorstoß des Unternehmertums, ob er sich in Lohnabbau, Massenentlassungen u. a. äußert, sofort mit den ganzen Machtmitteln des Verbandes entgegengetreten wird, sondern auch daß sofort alles getan wird, um die proletarische Einheitsfront ohne Unterschied der Nationalität und Partei herzustellen. Das kann nicht erreicht werden durch profanatistische Erklärungen der Spitzenführer, sondern durch Einleitung der Generallinien des Proletariats gegen das Kapital. Wenn uns darauf die Amsterdamer entzweien, daß das unmöglich sei, weil die kapitalistische Arbeiterklasse nicht mitmachen, so sagen wir, daß die Massenaktion der Arbeiterklasse bei den verächtlichsten Kämpfen und bei in fast allen Bezirken Deutschlands immer mehr in Erscheinung tretende Wille zur einheitlichen Kampffront das Gegenteil beweist. Die Arbeiter wollen kämpfen, sie werden nur von den Amsterdamer immer zurückgehalten.

Die immer größer werdende Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur für die davon Betroffenen Hunger und Siedem, sondern sie wird auch immer mehr eine ungeheure Gefahr für die noch in Arbeit Stehenden. Es muß daher, schon um der Lohnrückbildung zu begegnen, der Kampf um die Einheitsfront der Arbeiterlosen in den Produktionsprozesse aufgenommen werden.

Die Kommunisten treten ferner ein für das vollständige Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Es darf nicht mehr vorkommen, daß Kollegen ihrer politischen Überzeugung wegen aus dem Verband ausgeschlossen werden, oder daß es, wie bisher, einer kleinen Gruppe von Diktatoren gestattet ist, entgegen dem Willen der großen Masse der Mitglieder ganze Ortsgruppen und Zellstellen ausgeschlossen werden.

Die Metallarbeiter haben es nun in der Hand, über die hier gezeigten Wege zu entscheiden. Wenn sie also wollen, daß ihr Verband nicht noch mehr zerfällt und zerstückelt wird und zu einem Verband der Harmoniebefehle werden soll, dann müssen sie ihre Stimme für die kommunistischen Kandidaten abgeben. Nur dann wird es möglich sein, den Verband zu einer wirklichen Kampfgemeinschaft auszubauen und die Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes herzustellen. Deshalb der letzte Mann an die Urne.

Hilfung der Kollegen vom andern Fach, der Juristen usw., ausbleibt.

Mit Genugtuung jedoch können die Kommunisten feststellen, daß der Gedanke des Klassenkampfes, wenn auch vielleicht noch unbewußt, zum ersten Male aufauch in einem wirtschaftlichen Kampf der typisch „geistigen Arbeiter“. Seit Jahr und Tag haben wir den Akademikern gesagt, daß auch sie nur Puppen sind in der Hand der Finanzkapitalisten und ihres Machorgans, des bürgerlichen Staats; seit Jahr und Tag haben wir auf die Hungersöhne der Techniker, der Lehrlinge hingewiesen, die mit Monatsgehältern von 500 bis 600 M. langsam verhungern. Die Entwicklung hat mit großer Beschleunigung für unsere Argumente gearbeitet.

Und gerade die Studenten müssen es sein, die heute in den Kampf gehen, die heute zum letzten Mittel der Arbeitsverweigerung greifen! Der Jahr und Tag noch die Vorhut der Streikbrecher, jede Stunde bereit, der kämpfenden Arbeiterklasse nicht nur mit dem Mittel der technischen Rottliste, sondern auch im offenen Kampf gegenüberzutreten.

Die Studenten, stets bereit, jeden Streik als ein Verbrechen am Volk zu geißeln, freiten heute selbst die Vorhut der Kap-Entwürf sieht mit einem Mal verständig auf das Fliegerpalast der Kliniken und versucht, ob sich nicht — ein Solidaritätsstreik herbeiführen ließe!

Die Vertreter der Klassenbewußten Arbeiter haben heute die Pflicht, mit aller Energie die Akademiker zu Gericht zu ziehen.

Studenten haben Kurt Eisner ermordet, Studentenkompanien haben im Januar und März 1919 in Berlin gemordet. Studenten haben in Breslau gehaut wie die Banditen. Studenten haben in den Vorkämpferrollen des Schächters Epp in München und Bekkaleen die höchste Hefenspitze an den Arbeitern geleitet. Studenten, Nerze haben sich dazu hergegeben, den Mord an unserm Genossen Süß durch Verflümmelung der Leiche zu vertuschen.

Die Liste der Grausamkeiten ist damit nicht erschöpft.

Wenn in dieser Stunde die kommunistische Partei sich hinter die Frontenden Kerze stellt, so verzieht sie dabei nicht die Verbrecher der Akademiker, und nicht zuletzt der Kerze am Proletariat.

Sie weiß jedoch, daß die allgemeine Verelendung der Hand- und Kopfarbeiter auch unter den Verden rasche Arbeit getan hat. Feindlich scheiden sich auch hier die Klassen. Der alte, unheimliche Bourgeoislohn, vom Vater mit Geld gepöppelt, und der aus den Fingern der Kleinbürger und Beamten flammende Proletariat, der um kein tägliches Brot kämpft. Mit unanschaulichen Gesicht haben es bisher die nationalen Parteien verstanden, auch diese armen Studenten vor ihren Wagen zu spannen. Jettissen ist heute die Kerze von der Volksgemeinschaft: Die Studenten haben es abgelehnt, sich weiter mit nationalen Parteien begeben machen zu lassen, die Kolonien der Regierung von einst kämpfen heute gegen den Sozialminister Bede r vom schwarz-blauen Kreuzenlohn. Damit haben sie die Brücken hinter sich abgebrochen. Und wenn heute der Revolution Grund hätte, ironisch zu lachen und zu sagen: Was würdest du jetzt sagen, wenn die Technische Rottliste in Eurem so lebenswichtigen Betrieb ihre Streikbrecher aufmarschieren ließe, so ist er das nicht, er weiß ganz genau, daß es von der Bahn, die die Frontenden Kerze beschritten haben, kein Zurück mehr gibt.

Und wenn jetzt die „Deutsche Zeitung“ meldet, daß die Studenten bei der DGB-Stundenkassen in der „Höhe“ von 6,30 Mark bis 1 Mark erhalten und dazu bemerkt: „Da müssen ja die Studenten revolutionär werden.“ so ist das wiederum ein unüberlegbarer Beweis für die Argumente der Kommunisten: „Der bürgerliche Staat ist in seinem Fortschritt nicht einmal mehr imstande, seine treuesten Diener zu bezahlen. Sein Zusammenbruch vollendet sich in dem Augenblick, wo die Arbeiter der Kapitalisten über die Staatsnotwendigkeiten fragt. Der Augenblick ist gekommen.“

Wir werden den zu uns kommenden Studenten, die im Kampf um ein menschenwürdiges Leben unsere Hilfe suchen, die Hand reichen.

Wegen die Kartener Mörder sich um die Stimmes und Ratheman Koral. Die Immungen und kämpfenden Akademikern rufen wir zu: Schließt die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter gegen das Kapital! Das heißt den Weg selbst über. Einmal und!

Rußland hungert — wo liegt die Rettung?

b. m. Die russische Hungerkatastrophe hat in der übrigen europäischen Welt einen gewaltigen Widerhall gefunden. So sehr hat die Rätemacht seit ihrem Bestehen im Brennpunkte des antenpolitischen Interesses gestanden, daß eine sieberhafte Erregung sich vor allem der kapitalistischen Presse bemächtigt hat, die endlich den so lang ersehnten und oft prophezeiten Augenblick des Zusammenbruchs des proletarischen Rußland gekommen glaubt. Die menschenwürdigen Blätter haben bisher getreulich im antibolschewistischen Chorus mitgehaut. Erst vor einigen Tagen noch wagte es der „Vorwärts“ den „bolschewistischen Wahnsinn“ für das Hungereiland verantwortlich zu machen. Aber nun, nachdem sie durch die gewaltige innerrussische Erschütterung die Möglichkeit eines Sturzes der Sowjetmacht näher gekommen glauben, scheint ihnen die Abnung von den Konsequenzen dieses von ihnen so oft herbeigesehnten Umsturzes aufzubämmern.

In einem Artikel „Rußlands Hungerkatastrophe“ beschäftigt sich der „Vorwärts“ mit der Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Sowjetmacht. Er geht auf die Ursachen der schweren Wirtschaftskrisis und den verheerenden Hungerkatastrophe ein und schreibt:

„Die russische Regierung kann zwar sagen, daß sie die Erbschaft des Zarismus und des Weltkrieges übernommen hat, aber es ist immer hin schon das vierte Jahr, seit sie die Bügel an sich gerissen hat und unbeeinträchtigt von der gewaltigen niederschaltenden Volksmeinung unumschränkt regiert. War sie auf dem richtigen Wege, so hätte sie es in dieser Zeit zu besseren Ergebnissen bringen müssen.“

„Unbeeinträchtigt unumschränkt“ soll die Sowjetregierung ihre Pläne in Rußland verwirklicht haben können. Der „Vorwärts“ unterschlägt in diesem Zusammenhang die gewaltigen außen- und innenpolitischen Katastrophen, die Räterußland vom Augenblick seines Bestehens zu überwinden hatte, den Bürgerkrieg, die feindlichen Ueberfälle und Invasionen, die ewige Hungerblockade, die Sabotage der russischen Intelligenz, den Lieferungsstreik der Bauernbevölkerung. Aber unbekümmert um diese wirtschaftlichen Notwendigkeiten, auf die sich die „Vorwärts“-Kreise sonst so gern berufen, schreibt der „Vorwärts“, daß man, wenn Rußland auf dem „richtigen Wege“ sei, doch „bessere Ergebnisse erwarten könne“. Ob jemand von den „Vorwärts“-Leuten einen Seitenblick auf Deutschland geworfen hat? Oder fordert man „bessere“ Ergebnisse nur von anderen, während man im eigenen Lande an Arbeitslosen- und Kurzarbeiterelend, Lohnabbau, agrarischer und industrieller Ausmerzung keinen Anstoß nimmt? Liegen die besseren Ergebnisse im demokratischen Deutschland etwa in den jüngsten Milliardenbeschlüssen an die Arbeiter, in den zu erwartenden Hungererbern, in der drohenden Verelendung der proletarischen Bevölkerung durch die zu erwartenden Erfüllungsmassnahmen der Wirth-Bauer-Regierung? O, hättest du doch gefaßt an! Wahrlich, gerade die Mehrheitssozial-Emokratie hat am allerwenigsten das Recht, „bessere Ergebnisse“ zu verlangen!

Auch mit der Wälichkeit eines bolschewistischen Zusammenbruchs beschäftigt sich der „Vorwärts“ und kommt zu Ergebnissen, die einer bisherigen antibolschewistischen Er schreibt:

„Deutschland hat nichts dabei zu gewinnen, wenn der Bolschewismus in einer Katastrophe untergeht. . . . Vielleicht könnten einige militärische Abenteuer oder waghelste beherrschende Kapitalisten aus einer solchen Entwicklung Nutzen ziehen, für das arbeitende Deutschland wäre sie nichts als eine neue Gefahr. Nein, wir können uns gar nichts davon versprechen, wenn der Bolschewismus, der doch eben daran ist, sich launisch und mühsam zur Veranung zurückzusetzen, auf diesem Wege in den Abgrund stürzt.“

Endlich sieht der „Vorwärts“ sich genötigt, die Wahrheit auszusprechen. Die er bisher, wenn sie aus kommunistischem Munde kam, verlacht hat, die Tatsache nämlich, daß die russische Rätemacht die einzig mögliche Herrschaft in Rußland ist, die für das Proletariat die Gewähr bietet, daß es nicht der zaristischen Knechtschaft oder der bürgerlichen Ausbeutung in die Arme fällt. Diese Erkenntnis ist es auch, die den Bolschewiki trotz der Minderzahl des industriellen Proletariats gegenüber des ungeheuren Lebensgewichts der Agrarbevölkerung als ideologischer Faktor in Bewußtsein der großen Massen die Ausübung der proletarischen Diktatur ermöglicht. Das hat der „Vorwärts“ nicht sehen wollen, hat nur von der „Gewaltthätigkeit“ der Moskauer Diktatoren gesprochen, die ebenfalls schlimm sei wie das Zarregiment. Wenn er heute sich in solch beherrschenden Worten gegen einen Umsturz des Rätemaßes wendet, so darf nicht vergessen werden, daß gerade der „Vorwärts“ durch seine antibolschewistische Heße, durch seine Verleumdung des proletarischen Rußlands, sich im voraus mitschuldig gemacht hat an all dem Furchtbaren, daß seinem eigenen Geständnis nach, einem Sturz der Rätemacht folgen würde. Gerade die Haltung gegenüber Sowjetrußland kennzeichnet aufs schärfste das Wesen der sozialdemokratischen Politik, die auf der einen Seite Haß und Geißel nach der proletarischen Revolution spricht, sie zu knebeln, niederzuknüllen trachtet, auf der anderen Seite aber die Konterrevolution fürchtet und ängstlich zwischen diesen beiden Extremen als echte Kleinbürgerpartei lauiert. So sind auch obige Worte nicht etwa ein Ausdruck des Mißgeföhls für das proletarische Rußland, sondern ein Zeichen der Furcht, daß nach einem Sturz der Sowjetregierung die Welle der Konterrevolution ganz Europa mitkann den Sozialdemokraten in ihren Kluten begraben würde. In Wirklichkeit haßt der „Vorwärts“ Rußland grimmiger als irgendein kapitalistisches Blatt.

„Despoten, die vor der Verzweiflung des hungernden Volkes zittern — das sollen unsere Vorbilder sein?“

Angehts der schweren Lage der Räterregierung maart er diese Worte maßloster Heße. Der „Vorwärts“ weiß ganz gut, daß sich die Verzweiflung des russischen Volkes nicht gegen die Räterregierung wendet, die ihr bestes, die übermenschenliche getan hat, um die Lage des russischen

Despoten, die vor der Verzweiflung des hungernden Volkes zittern, gewiß, sie werden bereinst von der proletarischen Revolution zur Rechenschaft gezogen werden, aber ihre Namen sind Cbert, Roske, Göring, ihr Organ ist der „Vorwärts“, der arbeiterverräterische, antibolschewistische „Vorwärts“.

Unbekümmert um die Heße und Verleumdung der Menschewisten und Sozialdemokraten muß das deutsche und mit ihm das ganze europäische Proletariat gespannt die Absichten ihrer kapitalistischen Regierungen verfolgen, die die Gelegenheit benutzen werden, den geschwächten Sowjetstaat aufs neue mit konterrevolutionären Heeren zu überziehen. Aus allen Teilen Europas kommen Meldungen über wehrmüthliche Werbungen, nicht lange mehr, und offen wird die Flamme eines imperialistischen Raubkrieges gegen Sowjetrußland aufblöhen. Das Proletariat in den übrigen Ländern wird zu zeigen haben, ob es gewillt ist, die Henkerei der kapitalistischen Staaten stillschweigend zu dulden, oder ob es versuchen wird, mit allen Mitteln sich als einheitliche Kampffront vor Sowjetrußland zu stellen.

Gegenüber denen, die unbekümmert um ökonomische Ursachen und Notwendigkeiten von der Hungersnot hehrsch als eine Folge des „bolschewistischen Wahnsinns“ sprechen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß auf einem so gewaltigen Agrarterritorium, wie dasjenige Rußlands, Missernten ebenso wie mangelhafte und dürftige Ernten häufige Erscheinungen sind. Tatsächlich sind im zaristischen Rußland alljährlich größere oder kleinere Gebiete der Hungersnot ausgefetzt gewesen. Ja, sogar in den Jahren der guten Ernte hatte die Bauernschaft infolge der Verpflichtung zur Getreideabgabe als Steuer unter dem Hunger zu leiden. Daß die Missernten schon vor dem Kriege in Rußland oft katastrophale Auswirkungen zeigten, lag an den besonders rückständigen Agrarverhältnissen. In Rußland herrschten primitivste Formen der landwirtschaftlichen Bodenbearbeitung, das Dreifelderstystem war noch allgemein verbreitet, infolge einer rückständigen landwirtschaftlichen Technik waren die landwirtschaftlichen Geräte höchst unvollkommen, dazu kam der Mangel an planmäßiger Restoriation des Ackerlandes. Während der sieben Kriegsjahre lagen große Landstrecken vollkommen brach, da die Arbeitskräfte und die notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen zur Bestellung fehlten. Vor dem Kriege deckte Rußland seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Geräten aus zwei Quellen: 6 Millionen Bud wurden aus dem Ausland, zum großen Teil aus Deutschland bezogen, weitere 6 Millionen Bud produzierten die Fabriken jener Gegenden, die während des Bürgerkrieges von den konterrevolutionären Truppen besetzt waren. Die Folge des Krieges war, daß die landwirtschaftliche Produktion von Jahr zu Jahr abnahm.

Diese Erbschaft hat die Räterregierung übernommen, und sie war nicht einmal imstande, sofort ihre Kräfte auf den Wiederaufbau der Industrie- und Agrarproduktion zu konzentrieren. Die besten Kräfte mußten an die Rote Armee abgegeben werden, die auch den Rest der industriellen Erzeugnisse benötigte. Hätte die Rote Armee seit dem Jahre 1918 sich als Arbeitsarmee dem Wiederaufbau widmen können, so würde die russische Wirtschaftsnot heute längst behoben sein.

Der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk, die verschiedenen feindlichen Invasionen rissen lebenswichtige Teile aus dem russischen Wirtschaftskörper heraus. Die Sowjetregierung mußte, um die Ernährung der Roten Armee sicherzustellen, die ja die erste und dringlichste Arbeit, die Verteidigung der proletarischen Diktatur verrichtete, zu einem gewaltigen Requisitionssystem der Agrarprodukte ihre Zuflucht nehmen, das von vornherein nur als Notmaßnahme gedacht war. Bei einem so bedeutenden Ueberwiegen der Landbevölkerung, wie es in Rußland der Fall ist, würde eine gewaltige Regelung des Austausches zwischen Stadt und Land auf die Dauer an passive Resistenz oder Produktionsabotage der Bauern scheitern, wenn nicht gar der Bestand der Diktatur des Proletariats dadurch gefährdet würde. Aber der sich von Jahr zu Jahr hinziehende Bürgerkrieg machte eine großzügige Neuorganisation des wirtschaftlichen Aufbaus Sowjetrußlands unmöglich.

Neben dem Sinken der landwirtschaftlichen Produktion spielt auch die völlige Desorganisation des russischen Verkehrs eine verhängnisvolle Rolle. Rußlands Beförderungsmöglichkeiten waren schon vor dem Kriege außerordentlich mangelhaft. Der Krieg zerstörte eine große Menge vor allem des Eisenbahnmateriale, ein bedeutender Teil fiel in die Hände der feindlichen Truppen oder der sich abtrennenden Randstaaten. Für die Sowjetregierung war die Neuorganisation des Verkehrsweßens sehr schwierig. Erst noch in jüngster Zeit trat sie mit den kapitalistischen Ländern in Austausch, indem sie gegen Vergabung von Konzessionen die Lieferung nicht nur landwirtschaftlicher Maschinen, sondern auch von Transportmitteln, Lokomotiven, Eisenbahnwaggons und dergleichen forderte.

Nur wenn man diese katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse beachtet, für die wohl niemand die Bolschewisten verantwortlich machen wird, kann man verstehen, warum die jetzige Missernte solche schweren Auswirkungen hat. Dazu kommt, daß sie in ihrem Umfang sogar die des schrecklichen Hungerjahres 1891 übertrifft, die Dürre ist viel verbreiteter und größer. Die Hungersnot hat auch die deutschen Kolonialen ergriffen, die bisher den größten Teil der landwirtschaftlichen Versorgung Sowjetrußlands trugen.

Ueber die Ausdehnung der Dürre und die zur Abwehr zu ergreifenden Maßnahmen schreibt Kallia folgendes:

„Schon das dritte Jahr leidet Sowjetrußland unter Lebensmittelmangel. Zwei Jahre lang waren wir Gutbehrungen ausgefetzt, weil wir von Sibirien und dem Anhanggebiet abgetrennt waren, das dritte Jahr brachte in vielen Gebieten Sowjetrußlands eine Missernte. Unter der Missernte werden fast 10 000 000 Menschen zu leiden haben. Im vorigen Jahre hat das allrussische Zentral-Exekutivkomitee eine besondere Kommission gebildet, deren Aufgabe die Hilfsektion für die von der Missernte betroffenen Gouvernements war. Diese Kom-

mission hat Lebensmittelvorräte auf und vermahte sie zugunsten der Hungernden. Die meisten Lebensmittel erhielt sie vom Volkskommissariat für Volksernährung, deren Leiter jede Gelegenheit ergriß, um den Hungernden Lebensmittel zuzuwenden. Wenn es im vorigen Jahre nicht zu Handwehren im Gouvernement Tambow, in Westsibirien und in Kronstadt gekommen wäre, die von den Sozialrevolutionären organisiert wurden, so hätten wir das Jahr ohne Lebensmittelkrise durchleben können. In diesem Jahre ist die Ernte im allgemeinen durchaus nicht schlecht. Die Ernte ist aber nicht überall gleich, mancherorts unter mittel, mancherorts sogar sehr gut. Die Agrarunruhe allein ist nicht genügend, da die Missernte nur über die durch die Natursteuer aufzubringende Lebensmittelmenge verfügt. Um hier Hilfe zu leisten, ist eine gemeinliche Aktion aller Arbeitenden der Sowjetrepublik notwendig. Das Unglück, das die Kolonialvertrags betrüger hat, ist das gemeinliche Unglück aller und muß die kräftigste Solidarität der arbeitenden Massen in noch viel größerem Maße zum Ausdruck bringen.“

Die Sowjetregierung hat alle Kräfte mobil gemacht, um der Hungersnot zu begegnen. Die Bauern der fruchtbaren Gebiete sind aufgefordert worden, durch sofortige Lieferung von Korn und Kartoffeln den Hungernden Hilfe zu leisten. Die roten Soldaten und große Teile der Arbeiterklasse haben auf einen hohen Prozentsatz der ihnen zustehenden Lebensmittel verzichtet. Ein Drittel der Transportarbeiter sind angewiesen, die Lebensmittelzufuhr in die Hungergebiete zu beschleunigen.

Im Ausland sind für die Hungernden 3 Millionen Bud Weizenmehl, 1 Million Bud getrocknete Bohnen, 500 000 Bud Reis, 1 Million 200 000 Bud Erbsen, 200 000 Bud Heringe, 200 000 Bud Fett, 100 000 Bud Zucker, 40 000 Bud getrocknetes Gemüse, 50 000 Bud Seife und 600 000 Paar Schuhe eingekauft.

All diese Maßnahmen sind bei der ungeheuren Verarmung Sowjetrußlands und der großen Ausdehnung der Missernte unzureichend und stellen nur das Mindestmaß dessen dar, was zur menschenwürdigen vorübergehenden Vinderung des Hungers notwendig ist. Rußland allein wird kaum imstande sein, die schweren Folgen der Katastrophe zu überwinden.

Das mittel- und westeuropäische Proletariat muß helfen!

Was kann die deutsche Arbeiterklasse tun? Wird sie sich an den direkten Maßnahmen zur Ueberwindung des Hungers beteiligen können? Vor einigen Tagen machte ein menschenwürdiges Blatt die Bemerkung, die deutsche Arbeiterklasse sei selbst zu verarmt, sie könne nicht helfen. Gewiß befindet sich das deutsche Proletariat in immer größer werdender Not, aber hier kommt es auf die Bereitschaft, den Willen zu helfen an. Die Bolschewiki haben in den Novembertagen 1918 der deutschen Arbeiterklasse zwei Millionen Getreide gesandt. Das war ein Akt proletarischer Solidarität, die unter allen Umständen zu gebert bereit ist. Die deutsche Arbeiterklasse muß dem russischen Hilferuf durch die Tat antworten. Sehr dringlich ist die Versorgung Rußlands mit Medikamenten.

Schon berichten Meldungen über den Ausbruch von Epidemien im Hungergebiet eine internationale proletarische Hilfsaktion zur Beschaffung von Medikamenten, die sofort, unverzüglich eingeschickt werden muß, wird die russische Arbeiterklasse vor Schlimmem bewahren.

Die deutsche Arbeiterklasse kann noch mehr tun! Schon oft haben wir Kommunisten darauf hingewiesen, daß Deutschland und Rußland zwei sich wirtschaftlich ergänzende Staaten seien. Die Frage des Güteraustausches zwischen beiden Ländern ist durch die russische Hungersnot besonders brennend geworden. Rußland bedarf dringend der Einfuhr von Transportmitteln, vor allem Lokomotiven und Eisenbahnwaggons, landwirtschaftlichen Geräten, außerdem Pflanzmitteln, Fall u. dergl. Die deutsche Arbeiterklasse muß ihre Ressourcen ansetzen, diese Industrierzeugnisse an Sowjetrußland zu liefern! Das Unternehmertum wird sich sträuben, und es beharf einer geschlossenen Kampffront der deutschen Arbeiterklasse zur Durchsetzung dieses Zieles. Die Gewerkschaften müssen veranlaßt werden, sich an der Hilfsaktion zu gunsten Sowjetrußlands zu beteiligen.

Die Mitglieder der drei proletarischen Parteien können gemeinsam handeln. Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen ausgesprochen, daß ein Sturz der Sowjetmacht keinesfalls im Interesse des europäischen Proletariats liegt, weil in Rußland doch nur konterrevolutionäre Kräfte zur Macht gelangen würden. Auch die der „Arbeiter“ nachstehenden russischen Kommunisten haben sich verschiedentlich dahin geäußert, daß ein gewaltsamer Sturz der Sowjetmacht ein Verfall der ganzen russischen Arbeiterklasse in den Kluten der Reaktion bedeuten würde. Darum müssen die Arbeiter aller Parteien die

sofortige Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen und Lieferung von Industrieerzeugnissen nach Sowjetrußland erzwingen.

Dadurch würden zugleich große Teile des deutschen Proletariats dem Arbeitslosentend entrissen. Die deutsche Industrie leidet heute unter einer Abfahrrate, Millionen und Abermillionen Arbeiter sind deren Opfer. Die Lieferung von Industrieerzeugnissen für das hungerrnde Rußland würde dem Heer der Arbeitslosen Verdienst und Lebensmöglichkeit geben. Die Kontrolle darüber, daß die notwendigen Erzeugnisse hergestellt und für Sowjetrußland verwendet werden, muß in den Händen der Betriebsräte liegen. Das Wort von der revolutionären Solidarität darf keine Phrase bleiben, in der Frage der Hilfe für Sowjetrußland muß es zur Tat werden.

Die kommunistische Partei muß die Arbeiter ohne Rücksicht der Parteizugehörigkeit zur Unterstützung des bedrängten Proletariats aufrufen. Die Arbeiter aller Parteien fühlen mit ihren schwerelenden russischen Brüdern, sie werden diesem Kule Folge leisten. Nicht platonische Solidaritätserklärungen, verschonene Besprechungen auf Hilfe, sondern die Erzwingung von Bestimmungen, seien es nun Lebensmittel oder Industrieprodukte und der sofortigen Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland, eine andere Antwort auf den russischen Hilferuf darf das deutsche Proletariat nicht geben. Sowjetrußland hungert — die deutsche Arbeiterklasse

Breslauer Nachrichten

Hunger für Arbeit

Das ist die Existenz der Arbeitnehmer im Ruhrgebiet, die ihnen von den Arbeitgeberern geboten wird. Steht doch ein Lohn von 112,50 Mk. die Woche ohne Kost, Logis und den anderen Abgaben fast einzig als Vergütung einer Arbeitergruppe in Breslau, und einzig in unserem Beruf im Vergleich zu anderen Großstädten da. Dabei sind die Arbeitgeber auch die Vertreter des Profites, die bei jeder Gelegenheit gegen den Arbeiterstand im allgemeinen auftreten, insbesondere aber den Arbeiterstand im Besonderen abgefeilt haben wollen. Dabei sind die Arbeitergehälter noch gar nicht in der glücklichen Lage, den Arbeiterstand zu haben. Ist doch die tatsächliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festgesetzt, und dafür wird dann der Lohn von meistens nur 112,50 Mk. und nur in seltenen Fällen 120 Mk. die Woche bezahlt. Die Gehälterorganisation hat nur vor 2 Monaten Forderungen an die Arbeitgeber gestellt. Die Forderungen hätten beinahe zu einer Einigung geführt, wenn die eine Gruppe, und zwar die der Damenklasse, dies nicht hätte. Der nun angenommene Schlichtungsausschuss ist ohne weiteres die Vorlage der Gehälter an die Arbeiter, aber, daß von anderen Großstädten Unterlagen darüber, die Löhne und Bedienungspreise dort bezahlt werden, vortragen sollen, um dann auch hier einen entsprechenden Lohn zu zahlen. Die Organisation beschaffte die Unterlagen, in der folgenden Sitzung des Schlichtungsausschusses, der dem Voritz des Herrn Direktor Stein stattgegeben, wird diese Unterlage nicht bezug genommen, weil in allen diesen dieselben Lebensverhältnisse haben, die Löhne von und höher als in Breslau sind. Auf einmal stellt sich der Schlichtungsausschuss auf den Standpunkt, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung nicht eingetreten ist, und eine Erhöhung des Lohnes der Arbeitergehälter nicht gerechtfertigt wäre, unbeschadet dessen, daß der Lohn kaum die Existenzkosten deckt, und die Hälfte des Existenzminimums erreicht. Sonderbar mutet es an, daß auch die Arbeiter-Vertreter die Ansicht des unparteiischen (?) Vorsitzenden teilen und inselgedessen ein Spruch nicht gefällt werden konnte. Die Arbeitergehälter sollen warten, bis sich die Lebenshaltung verteuert und können in der Zwischenzeit sich und ihre Familien verhungern lassen, so ist es, wenn man sich dem Schlichtungsausschuss nähert. Auch die Forderung der Gehältervertreter, den Lohn um 10 Mark die Woche zu erhöhen, lehnten die Arbeitgeber ab. Sie glauben, um so eher Grund dazu zu haben, weil ja auch der Schlichtungsausschuss es für notwendig hielt, die Gehälter auf die Zeit der Teuerung zu verteidigen. In welchen Mitteln nun die Gehälter zahlen müssen, ist für jeden klar, da der gesetzliche Weg an der Parteiführung gescheitert ist. Wenn in Leipzig 200 Mk., Dresden 180 Mk., Magdeburg 105 Mk. Lohn bei denselben Bedienungspreisen bezahlt werden, kann es auch von den Breslauer Arbeitgebern bezahlt werden. Aber den Breslauer Arbeitgebern dem Obermeister kommt es vor allem darauf an, der Organisation eine auszuweichen und sie möglichst halt zu stellen. Werde dieser Obermeister allerdings dazu gehören, das Ichheit der Herr nicht zu wissen, wird es aber vielleicht schneller erfahren, als er denkt, denn auch die Arbeitgeber im allgemeinen werden es bald erfahren, wie der Vertreter ist, er, der die Verhandlungen ausführt und dann als Gehilfen für die keine Arbeit mehr hat, weil er ihnen dann ja Lohn zahlen mußte. Das Publikum und besonders die Arbeiterklasse wissen mit uns bei unserem gerechten Kampf zu unterstützen, damit auch endlich das Hungerdasein der Arbeitergehälter und -Gehilfen ein Ende hat. Wir verlangen ja nur eine menschenwürdige Bezahlung unserer Arbeit, und dazu hat doch jeder Arbeiter, auch wenn er Arbeitergehilfe ist, ein Recht.

Verband der Arbeitergehilfen.

stellen Laffen des vergangenen Zustandes noch nachträglich auf die schwachen Schultern der Arbeiter abgewälzt. Dazu kommt, daß Arbeiterseite unter den vertriebenen verheerenden Parolen die Proletarier nicht zu einer einzigen Klassenkampffront gelangen lassen wollten.

Alle Betriebsräte und alle Arbeiter, denen daran etwas liegt, daß das Proletariat Oberhiesiens durch neue Kämpfe, und womöglich durch einen Krieg nicht einem grenzenlosen Elend zugeführt wird, müssen daran arbeiten, daß diese einheitliche Arbeiterfront zustande kommt.

Deshalb Genossen, Kollegen und Betriebsräte, wenden wir uns an Euch mit der Aufforderung, uns bei der Propagierung eines allgemeinen Betriebsrätekongresses für Oberhiesien zu unterstützen.

Ohne Rücksicht auf irgendeine bürgerliche Klasse, ohne Rücksicht auf irgendeine Partei und ohne Rücksicht auf irgendeine nationalistische Seite, müssen wir als Arbeiter uns die Bruderhand reichen, im Interesse des gesamten Proletariats Oberhiesiens. Der einflussreichste Betriebsrätekongress soll das Sprachrohr sein aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität.

Jeder Betriebsrat, der mit dieser Bewegung einverstanden ist, möge sich durch Unterschrift für den Betriebsrätekongress entschließen.

Es lebe die Einheit des oberhiesigen Proletariats!

Peterswaldau. Die Orgel versucht ihre Selbstständigkeit unter allen möglichen Versicherungszusammenhalten. In Langenbielau hat diese Bande eine Bach- und Schlegelgesellschaft gegründet. In dem Textilbetrieb von Chr. Thierig sind ehemalige Offiziere und Mannschaften als Spindel und Maschinist eingegliedert; angeblich zum Schutze des Eigentums. Die Unternehmer, die dauernd das Textilproletariat mit Lohnabbau bedrohen, haben genügend Geld, um diese Lumpen als Kettenhunde anzusetzen. In Langenbielau sind Lastautos mit schweren Reifen nach den Steinhäusern gefahren. Das SPD-Blatt schreibt, daß es Feldmägen, die bei den Quadersteinen Verwendung finden sollen, seien. Die Proletarier werden spüren, wenn sie nicht auf der Hut sind, wie schwer ihnen diese „Quadersteine“ in den Gebärmern liegt.

In Peterswaldau, auf dem Schloß des Grafen Stolberg, sind fünf Offiziere und Mannschaften einquartiert. 20 Selbstschützler, die in den Ort mit Gewehr eingezogen, fragen, ob es schöne Mädchen habe. Man antwortete ihnen, daß sie die Häuser der Bauern anheften könnten. Darauf zeigten sie ihre „Kulturinstrumente“: Revolver, Dolche und Gewehrkäppel. Auf den Dominikus Neuhoff und Kaufmann sind größere Truppen von 50 und mehr Mann untergebracht. Auch diese Meldung zeigt uns, wie froh und gemein diese Banditen die Verordnungen der Regierung verhöhnen. Nur das aufstrebende Proletariat wird diese Pest vom Erbboden vertilgen.

Görlitz. Ein Beispiel von der Gemeinheit der republikanisch-demokratischen Justiz haben wir in Görlitz. Dort sind Mitte März die Genossen Randowahy, Münch und Benzler verhaftet unter dem Verdacht, Führer einer roten Armee zu sein. Dieser

Metallarbeiter!

Heute ist Wahl- und Jahrtag! Jede Stimme der kommunistischen Partei!
Die Metallarbeiter-Wahl muß zu einem Markstein auf dem Wege der sozialen Revolution werden!
Zue jeder seine Pflicht!

Sverdach hat sich als falsch herausgestellt. Die Richter haben dies ausdrücklich festgestellt. Sie erklärten aber, die Genossen nicht entlassen zu können, weil für sie die Verurteilung eben so vom 1. Mai in Frage komme. Doch dieser Verurteilung wird mit jeder Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht, wer bewilligte Hausen bildet, oder wer seine Reihen nicht absichert.

Abgesehen davon, daß für unsere Genossen die Verurteilung Oberts gar nicht in Frage kommt, ist es eine Gemeinheit für die Richter, die sich die Justizbeamten in Görlitz leisten, indem sie unsere Genossen nicht entlassen.

Wenn man dahingegen die Schöpfung, die die gute Justiz den Kapitalisten — an ihrer Spitze Jagow — und den Orgelbanditen im allgemeinen angedeihen läßt, dann kann man mit Recht behaupten, daß die Sozialdemokraten deren Reaktion im Reichstag dem Justizminister Schiffer das Vertrauen ausgesprochen hat, und deren Minister mit diesem Menschen zusammenhängen, daß diese Sozialdemokraten tatsächlich den niedrigen Stand aller proletarischen Moral erreicht haben.

Aus dem Waldenburger Kreis

Altmörder. Die freireligiöse Gemeinde hielt hier eine Versammlung ab. Der Prediger Dreyer hielt einen Vortrag in dem er die Heuchelei der Kirche geißelte. Das ungeheure Vergehen der „toten Hand“ wurde sehr wohl dazu beitragen, die finanziellen Kasse Deutschlands abzuschwächen. Aber die Kirche hat einen guten Wagon, und das Bösen unter dem Kammstiel ist nicht mehr angesehen.

unter anderem wurde wegen eines empörenden Sozialisten der Pfaffen eine Revolution angesetzt.

Mit Empörung nehmen die heute im Eisernen Kreuz verjüngten freireligiösen Eltern Kenntnis vom neuesten Gemeinheits, den die katholische Kirche wieder ausgeführt hat, um keine ihrer Schwestern zu verlieren. Eine schwarze, Hamden Hofmann, ist bei dem Ehepaar König untergebracht, ohne daß dieses eine Entschädigung dafür verlangen, im Gegenteil, Herr König hat alle Schritte eingeleitet, um dem König, das mit großer Liebe an ihrem Hing, die Rechte eines eigenen Kindes zu geben, was ohne diesen Zwischenfall auch schon erledigt wäre. Da Herr König beabsichtigt, das Kind in die evangelische Schule zu schicken, trat die römische Kirche auf den Plan und durch den Mord des Vermittlers, der bis bis dahin in keiner Weise um das Wohl des Kindes gekümmert hatte, wurde aus Herrn König das Erziehungsmittel entzogen. Man könnte sich nicht, dem tollkühnen Ehepaar das Kind zu nehmen und es in eine andere Pflege zu geben. Wie diese sein wird, können wir uns besten davor wünschen, daß die anderen Gemeinheits der Kirche bei einem Angriffe zur Ausbeutung und Verführung untergebracht sind. Der sehr fromme Vermittler kümmert sich aber um diese Kinder nicht im geringsten.

Die Maßnahmen des würdevollen Ehepaars, das Kind wieder zu bekommen, heiteren nicht in dem Widerstand des Sozialdemokraten. Wie hätte jedoch schämen, daß

das Mädchen wieder in die gute Pflege zurückgegeben wird und wollen alles daran setzen, diese Missetat zu unterbinden. Dem Vormund Koblitz, Bergmann, Karlshütten-Kolonie 17, wollen wir empfehlen, sich um seine anderen Mündel zu kümmern, daß diesen nicht Schaden an ihrem Verbleibe zugefügt wird, für das Seelenheil werden sie schon selbst sorgen.

Waldenburg. Die durch den 14 tägigen Streik erschöpften Waldenburger Bergleute haben gezeigt, daß sie für ihre verbitterten und gemäßigten Genossen gewillt sind, einzustehen. Sie sind gewillt, die Not der Opfer der zurückgewichenen Gewerkschaftsbürokratie zu unterstützen.

Bei den Sammlungen auf den Gruben und in Versammlungen gingen ein: Liste 2 Gottesberg 126 Mk., Liste 21 und 25 Rothensied 168 Mk., Liste 15 Waldenburg 260,00 Mk., Liste 14 Kürtensteiner Grube Frühversammlung 197,00 Mk., Nachmittagsversammlung 191,00 Mk., Schlesische Kohlen- und Kokswerke Bergwerksversammlung 184 Mk., Sammelliste Falkenberg 224,00 Mark, zusammen bis jetzt 1311,00 Mk. — Fürwahr ein schönes Zeichen brüderlicher Solidarität.

U.K.P.D. Unterbezirk Waldenburg.

Eingelegte Nachnahmeforderungen

werden von der Post jetzt nicht mehr zurückgenommen, noch auch der bezahlte Betrag zurückgegeben. In dieser neuen Anordnung haben gerichtliche Entscheidungen den Anlaß gegeben, durch die die Post angehalten worden ist, eingezogene Nachnahmebeträge unter allen Umständen an den Auslieferer der Sendung abzuliefern. In einem Falle hatte die Post aus Gefälligkeit 15-20 Minuten nach der Zuständigung der Sendung diese zurückgenommen und dem Absender zurückgeschickt. Dieser lehnte die Zurücknahme der Sendung ab und verklagte die Post auf Zahlung des Nachnahmebetrages mit Erfolg. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Absender mit der Einlösung gegen die Post einen Anspruch auf den Betrag nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches § 667 und 675 erhalte. Der Absender habe auch ein Recht darauf, daß dem Empfänger nur zwei Möglichkeiten gewährt werden, die Sendung einzulösen oder den Empfang abzulehnen.

Arbeiter! Genossen!

Benutzt die Zeit vor dem Monatswechsel um Euer Organ

„Schlesische Arbeiterzeitung“

weiterzuverbreiten. Ihr helft dadurch ausrichten die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats.

Versammlungs Kalender

Frauenversammlung für Breslau fällt aus am 27. Juli und findet statt am 3. August.

Öffentliche Schneider- und Näherinnenversammlung am 26. Juli im Gewerkschaftshaus. Es ist notwendig, daß alle Berufs-genossinnen erscheinen.

Benzig, Dienstag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Genossen Jöster.

Verantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soc. P. u. E. M. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin.

Achtung! Wo?

kauft man neue und gebrauchte
ROBEL sowie ganze Einrichtung
ungen am billigsten und ver-
teilbarsten?
Bei **H. Kluge.**
Kamarkt 12, nur 1. Eg.

Schauspielhaus

Operettendöhne Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7 1/2 Uhr
Die Scheidungsreise.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Wiederauftritt Hella Kürty
Die Försterchristel.

Waltharius Hienrong-Essenz

Echte
extra-
starke
(Dose) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk., franko. In Apoth., Droger.,
sonst dir. v. Laborat. E. Walthar, Halle a. S., Trotha 133

Geschlechtskranke!

Hilfe ist möglich! Auch in veralteten und verschleppten Fällen. Eigene bewährte Behandlungsmethoden, belehrende Broschüre mit zahlreichen Anerkennungen, für jede der genannten Erkrankungen gegen 2 Mk. Leiden genau angeben.

Männerschwäche Syphilis Harndröhrenleiden Weißfluß

Dr. Damms Heilanstalten

Berlin 399, Potsdamerstraße 123b. Sprechstunden 9-11, 3-6 Uhr, Sonntags 10-12.

Die kommunistische Bücherei

Dreslau V, Gräbchener Straße Nr. 45

führt die
neueste kommunistische Literatur,
entscheidend sozialistische und
gesellschaftliche Literatur

Bücher klassischer und f. öngeligen Inhalts

Alle Arbeiter und Genossen sind zur Beschäftigung ohne Kaufzwang eingeladen.

Abonnement auf alle Zeit- u. Wochenblätter

Abonnement- und Inseratenannahme des Roten Kuriers

Aus der Provinz

Die revolutionäre Einheitsfront in Oberhiesien

Das Proletariat in Oberhiesien erkennt mit jedem Tage mehr, daß es verloren ist, wenn er sich für irgendeine nationale Richtung entscheidet. Die Proletarier werden immer die Leidtragenden sein, solange sie sich zur Freude der Bourgeois haben und darüber die Köpfe zerklüften.

Daß dieses revolutionäre Erwachen den Führern von Feind und Orbanung den Entenregeneralen nicht gerade besonders gefällt, beweisen die Zensurkläden, mit denen unter Organ, die „Oberhiesische Neue Woche“, bedacht wird.

Die Seeligkeiten und die Betriebsräte von 25 der größten Häften, Gruben und Betrieben haben einen Aufruf erteilt, in dem sie einen Betriebsrätekongress für Oberhiesien fordern. Auf diesem Kongress soll die revolutionäre Einheitsfront gegen nationalistische Berhebung gegen neue Zustände gegenüber irgendeiner Ausbrennerliche geschaffen werden, eine revolutionäre Einheitsfront mit der Partei: Oberhiesien, dem oberhiesigen Proletariat.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter! Genossen! Kollegen! Betriebsräte!
Die widerhörtigen Maken ist von der revolutionären Arbeiterschaft der Verlich untereinander worden, die Betriebsräte zum Zweck des Kampfes gegen die Kapitalnation der Kapitalisten, ohne Rücksicht auf irgendeine Nationalität, zusammenzuführen.

Bis jetzt meistens alle Verträge daran, daß große Massen der Arbeiterschaft des Glaubens waren, daß sie durch irgendeinen nationalistischen Partisch sich aus den Fesseln des Kapitalismus befreien könnten. Wir haben jedoch gesehen, daß unbeständiger der nationalen Kämpfe die Unternehmung nach wie vor verhalten, aus der Hand des Arbeiters Kismet zu werden. In vielen Betrieben werden Arbeiter von den Kapitalisten terrorisiert, auf die Straße geworfen und hiesiges gemacht deswegen, weil sie auf dieser oder jener Seite während des Kampfes gestanden haben. Ist auch werden die finanz-